

Bezugpreis: Vierteljährlich 30.—, monatlich 10.—, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Konparativanzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 26. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Metallarbeiter für Amsterdam.

Das endgültige Berliner Resultat.

In Berlin wurden abgegeben 54 668 Stimmen. Davon erhielten: Liste A 31 841, Liste B 22 827 Stimmen.

Die aus dem Reich vortiegenden Resultate bestätigen die Tendenz des Berliner Resultats. Überall Niederlagen der Kommunisten.

Bezirk Essen: Von 69 zu wählenden Delegierten gehören 57 der Richtung Amsterdam und 12 der Kommunistischen Partei an.

Bezirk Hagen: Von 56 Delegierten des Bezirks wurden durch die Wahlstelle Remscheid 7 Kommunisten gewählt.

In Bochum siegte die vereinigte Liste der Sozialdemokraten und Unabhängigen mit 1319 Stimmen gegen die kommunistische mit 934 Stimmen.

In Oberhausen (Rhld.) wurden mit 961 gegen 368 kommunistischen Stimmen 2 Sozialdemokraten und ein Unabhängiger zum Verbandstag delegiert.

In Mülheim a. d. Ruhr erhielt die „Mehrheitsliste“ (SPD) 342 Stimmen und die „Minderheitsliste“ (KPD) 538 Stimmen.

In Rheinland-Westfalen wurden also neben 113 die Richtung Amsterdam vertretenden Delegierten nur 19 Kommunisten gewählt.

In Magdeburg schlugen unsere Genossen die vereinigten Unabhängigen und Kommunisten mit 4045 Stimmen gegen 3271 Stimmen.

Von den 18 Hamburger Delegierten sind 12 Sozialdemokraten und 6 Unabhängige.

In Kiel, der ehemaligen kommunistischen Hochburg, siegte die Liste A mit 3638 Stimmen gegen 1593, die auf Liste B entfielen.

In Stettin wurden mit 1484 gegen 726 Stimmen 3 Sozialdemokraten und 2 Unabhängige gewählt.

In Saalfeld war die „Mehrheitsliste“ ebenfalls kommunistisch, erhielt aber nur 375 Stimmen, während unsere Genossen auf ihre Liste 453 Stimmen vereinigten und den zu wählenden Delegierten stellten.

Forderungen des J. G. S.

Die Oberschlesische Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat über ihre Untersuchung des ober-schlesischen Problems einen Bericht herausgegeben, in dem es heißt:

Die Vertreter des IGB haben festgestellt, daß das ober-schlesische Problem im Wesen eine Frage um den Besitz industriellen Gebietes ist.

Nach eingehender Prüfung der Existenzmöglichkeiten der ober-schlesischen Industrie, der Bedürfnisse dieses Gebietes und der Interessen Deutschlands und Polens sind sie zur Ueberzeugung gelangt, daß mit der Zuteilung dieses Gebietes eine wirtschaftliche Autonomie verbunden sein muß.

Diese wirtschaftliche Autonomie muß durch eine Autonomie der Verwaltung ergänzt werden, um die rechtliche und tatsächliche Gleichheit der Einwohner in einwandfreier Weise zu sichern.

Als wichtigste Bedingung, deren Wahrung die Unzufriedenheit und die Konflikte nur erhöhen und vermehren könnte, verlangen sie die Aufrechterhaltung der von den Deutschen eingeführten sozialen Gesetzgebung.

Die Delegierten des IGB erklären außerdem, daß das ober-schlesische Problem nur dann einer glücklichen Lösung zugeführt

Die Niederlage, die die Kommunisten erlitten haben, scheint bei ihnen eine fürchterliche Wirkung gehabt zu haben. „Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen“ liegen die großspürigen Bannerträger Moskaus auf dem Bahschlachtfelde.

Wie „hoch“ der „kommunistische Erfolg“ anzuschlagen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Anhänger Amsterdams bei der Wahl zur Berliner Ortsverwaltung der Metallarbeiter die Kommunisten nur mit 1339 Stimmen schlagen konnten.

Um sich über den Schmerz des Verlustes der 77 Berliner Mandate einigermaßen zu trösten, berichtet das Kommunistenblatt: „In Nürnberg, Stettin, Limbach, Götze hat die kommunistische Liste die Mehrheit.“

werden kann, wenn diese Provinz aufhört, ein Objekt fortwährender Konflikte zwischen Polen und Deutschland zu sein.

Sie fordern schließlich die Arbeiter der beiden Nationen auf, in diesem Sinne zu handeln, um ihre Rechte, ihre Forderungen und den allgemeinen Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Deutschland und Amerika.

Paris, 26. Juli. (CE.) Die „Chicago Tribune“ meldet aus Berlin: Aus der bestunterrichteten Quelle wird bekannt, daß die Besprechungen zwischen dem amerikanischen Geschäftsträger Dreifel und dem deutschen Außenminister Dr. Rosen beendet wurden.

Irland gegen Gewalt.

Dublin, 26. Juli. (CP.) Eine offizielle Mitteilung der Sinsfeiner Regierung sagt, daß der Friede nicht ohne Schwierigkeiten erlangt werden könne; doch werde man ihn erlangen.

Ein schwerer Fehlgriff.

Zur Programmdiskussion.

Von Max Duard.

Warum sagen wir Mitglieder der Programmkommission nicht endlich gerade heraus, daß die Veröffentlichung des Programmentwurfs in so eiliger und unfertiger Gestalt ein schwerer Fehlgriff war?

Jetzt wird hinter den bei so früher Veröffentlichung unvermeidbaren Mängeln überall im Lande Absicht gesucht, die gar nicht vorhanden ist. Daß die Dürftigkeit der finanzpolitischen und das fast völlige Fehlen schulpolitischer Vorschläge auffällt, ist nur zu begreiflich.

Die Summe von bedauerlichen Irrtümern, die durch den Fehlgriff der unserigen Veröffentlichung hervorgerufen sind, ist in der Vorstellungswelt der großen Masse eher noch größer, als oben geschildert. Und vieles hätte durch die zeitliche Ausgleichsarbeit der Gesamtkommission, die sofort nach Abschluß der Einzel- und Teilarbeiten einsetzen mußte, vermieden werden können.

Sicher ist der schwere Fehlgriff in bester Absicht geschehen. Man wollte in angemessener Frist vor dem Parteitag den Genossen im Lande Gelegenheit zu einem Urteil über den Entwurf und zur Mitarbeit an der Kommissionsarbeit geben.

Damit ist aber auch schon gesagt, daß die Verständigung für dieses Jahr doch wohl nicht mehr zustandekommt. Bei einem Programm, das den Wiederausgleich befördern und uns längere Zeit als Leisten dienen soll, ist das wohl auch kein Schaden. Dieses Resultat hätten wir aber viel billiger und reibungsloser haben können ohne unfertige Veröffentlichung der bloßen Programmvorarbeiten, ohne Diskreditierung der Programmkommission und ihrer redlichen Bemühungen, ohne gegenseitige Verstimmung und ohne daß sich die Demagogen von links wieder einer willkommenen Beute bemächtigen und sie zur Verunreinigung der deutschen Arbeiterklasse ausnützen konnten.

Rußlandhilfe und Sozialdemokratie.

Die Zentrale der SPD. hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Unabhängigen, der Kommunisten und der kommunistischen Arbeiterpartei zugunsten des hungernden Sowjetrußland anregt.

Der Parteivorstand hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Anregung beschäftigt und dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die in Vorbereitung befindliche Hilfsaktion durch jede Art politischer Einstellung nur geschädigt werden kann. Die Partei betrachtet diese Aktion als eine Sache der Menschlichkeit, sie wünscht und erwartet, daß sich an ihr auch Kreise beteiligen, die außerhalb der genannten Verbände stehen. Sie wird sich daher an der allgemeinen Hilfsaktion mit besten Kräften beteiligen und ist bereit, Delegierte in das zu bildende allgemeine Hilfskomitee zu entsenden. Die kommunistische Sonderaktion lehnt sie ab.

Dorten und Hue.

Vom Genossen Hue wird uns geschrieben:

Vor etlichen Monaten suchte mich ein Herr auf, der sich, wenn ich mich nicht in dem Namen irrte, als der frühere katholische Arbeitersekretär Krämer aus Wiesbaden vorstellte. Er war mir bislang unbekannt. Der Herr frag mich, ob ich einen Herrn Worms (oder Worms) kenne, was ich verneinen mußte. Darauf entpuppte sich Herr Krämer als einen Abgesandten des „Präsidenten der rheinischen Republik“, Herrn Staatsanwalt a. D. Dorten, und teilte mir mit: Worms sei zu Dorten mit Schriftstücken gekommen, aus denen hervorgehen solle, daß bekannte Mehrheitssozialisten im Rheinland geneigt seien, die Bestrebungen Dortens zu unterstützen. Die Schriftstücke trügen die Unterschriften von Hue und Sollmann-Köln. Mein Erlauchen, mir diese interessantesten Schriftstücke vorzulegen, konnte Herr Krämer nicht erfüllen, sie wären, wie er sagte, in Händen von Dorten. Ich erklärte dem Herrn, sein Chef Dorten sei einem ausgekochten Schwindler auf dem Bein gegangen. Wenn Dorten auch nur einigermaßen politischen Instinkt besäße, würde er den Schwindel sofort erkannt haben. Ich sei doch genügend bekannt als Feind der Zerschlagung Deutschlands in vier weiß wie viele Kleinststaaten, wenn sie sich auch als Republik aufmachten. Ich sei und bleibe Anhänger des deutschen Einheitsstaates mit republikanischer Verfassung und wünsche von Dorten und seinesgleichen nicht behelligt zu werden. Für den Genossen Sollmann dürfe ich getrost dasselbe erklären, ohne mit ihm vorher darüber gesprochen zu haben. Der sehr bestürzte Herr Krämer erklärte mir nun, Worms habe von Dorten bereits etwa 25 000 M. erhalten zur weiteren Fructifizierung seiner „Verbindungen“. Als ich Herrn Krämer erklärte, ich würde die Worms-Dorten-Affäre sofort der Presse mitteilen, hat er mich, davon Abstand zu nehmen, bis er mir Nachricht über den weiteren Verlauf des Schwindels gäbe. Eine sofortige Veröffentlichung würde den Worms, der versprochen habe, recht bald Dorten nähere Mitteilungen zu machen, würgen und seine Festnahme verhindern. Seitdem höre ich nichts mehr von der Geschichte, bis ich nun in der Presse lese, daß Dorten die Fälschung der erwähnten Schriftstücke festgestellt habe und so die Seifenblase geplatzt sei. Weder Worms noch Dorten sind mir persönlich bekannt geworden,

noch habe ich jemals die ominösen Schriftstücke gesehen. Gewisse Erfahrungen veranlassen mich, dies noch ausdrücklich öffentlich festzustellen.

Die Besteuerung der Riesengewinne.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes setzt ihre sachkundigen Untersuchungen über die neuen Finanzpläne des Reiches fort. Sie betrachtet jetzt im besonderen die Körperschaftsteuer und die bei ihr in Aussicht stehenden Veränderungen. Man muß gerade bei diesem Blatt, das sich unter der Leitung seines neuen Chefredakteurs mitunter merkwürdige Estapaden leistet, die Ehrlichkeit anerkennen, mit der zugegeben wird, daß die derzeitige Körperschaftsteuer, also die Besteuerung der Aktiengesellschaften, eine entscheidende steuerliche Bevorzugung gegenüber denjenigen bedeutet, die der Einkommensteuer unterliegen. Es werden doch jetzt noch die ausgeschütteten Gewinne der Aktiengesellschaften nur und im ungünstigsten Falle mit einem Viertel des Steuerfußes erfaßt, den ein Privatmann aus seinem Einkommen zu leisten hat. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt offen zu, daß die Körperschaftsteuer in ihrer bisherigen Gestalt einen starken Anreiz zur Gewinnaufspeicherung, zur Bildung hoher Rücklagen und Reserven gibt. Wir wollen dieses Verhalten wegen seiner Wichtigkeit hier wörtlich abdrucken. Es lautet:

„Diese steuerliche Vergünstigung hat es bewirkt, daß viele Werte im letzten Jahr erhebliche Rücklagen und Reserven gestiftet und dazu kräftige Abschreibungen vorgenommen haben. Es kann in der Tat fraglich sein, ob derartig umfangreiche Sicherungen für ein Unternehmen gerechtfertigt sind oder nicht. In keinem Falle kann jedoch das Moment der Steuerersparnis natürlich im Interesse des Reiches liegen. Daher und inwieweit wird es im allgemeinen zu billigen sein, daß der neue Entwurf die gekennzeichnete Vereinfachung des Steuerfußes bringt.“

Die neue Form der Körperschaftsteuer soll den Gewinn der Aktiengesellschaften ganz allgemein erfassen. Das bedeutet eine Besteuerung an der Quelle, die nicht nur einfacher ist als die Besteuerung des Einkommens beim Empfänger, sie erfaßt auch den Gewinn, der in Form von Dividende zu ausländischen Aktienbesitzern abfließt. Dabei können wir die Angst des Steuerfachmannes der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Aktiengesellschaften in Zukunft zu viel Steuern zahlen müßten, nicht teilen. Schon deswegen nicht, weil seine rechnerischen Beweise für die Absicht zu hoher Besteuerung falsch sind. Uebers das bleibt nicht das Entscheidende. Wir finden vielmehr beachtenswert, daß das Hauptblatt des Herrn Stinnes nichts Näheres von den Vorschriften über die steuerlichen Begünstigungen der Schachtelgesellschaften einschließt der Abschreibungen und der ähnlichen bisher allgemein gebrauchten Drückberger-Gelegenheiten verschont werden sollen, bleibt in der steuerlichen Begünstigung der Schachtelgesellschaften eine neue, entscheidende Lücke in der steuerlichen Erfassung dieser Unternehmungsgewinne. Durch dieses Loch werden die großen Konzerne und Interessenten den Hauptteil ihrer Verdienste verschwinden lassen, wenn nicht rechtzeitig der Steuerfiskus seine Hand davor hält.

Außerdem hat das Körperschaftsteuergesetz noch eine entscheidende Lücke. Soweit der neue Entwurf bisher bekannt geworden ist, fehlt bei ihm eine Kontrolle der aus deutschen Industrieunternehmen nach dem Ausland abfließenden Riesengewinne. Es sei daran erinnert, daß eben in Vesterreich ein Bankenkonzern wegen steuerlicher Hinterziehung von 3 Milliarden Kronen erfaßt worden ist. Die vornehmsten österreichischen Großbanken hatten die Aktien von sechs der bedeutendsten Industrieunternehmen des Reiches in der Schweiz Tochtergesellschaften, sog. Holdingunternehmen, eingebracht. Damit verschwanden die Ueberschüsse aus dem österreichischen Geschäft in Schweizer Aktiengesellschaften, deren Gewinne dem Zugriff der deutschösterreichischen Regierung entzogen waren. Wir wissen, daß z. B. Herr Stinnes nicht nur seinen Riesenposten an Aktien der Alpen Montan-Gesellschaft, sondern auch noch allerlei andere Aktien in der

Schweizer Montana A.-G. eingebracht hat. Und es ist nicht unbekannt, daß neben Herrn Stinnes in Deutschland noch eine ganze Anzahl Industriekapitäne tätig sind, die in rührender Uebereinstimmung bei all ihrer sonstigen persönlichen und materiellen Gegnerschaft ganz erhebliche, dem Steuerfiskus nicht gerade nützliche Verbindungen mit dem Ausland pflegen. Wie denkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ über derartige „Schachtelungen“? Wenn hier diesmal der Steuererheber nicht durchgreift, dann wird die große Reform der Besteuerung im kommenden Herbst nichts weiter bedeuten als eine Umstellung der Steuerhinterziehungsabteilungen unserer großen Industrie- und Handelskonzerne. Wir nehmen an, daß wir darüber der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nichts noch Deutlicheres zu sagen brauchen, nichtsdestoweniger hoffen wir auf eine Beantwortung unserer Frage.

Trimborn gestorben.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Staatssekretär a. D. Geh. Justizrat Karl Trimborn, ist gestern Abend an den Folgen einer Operation gestorben.

Trimborn, der in Köln geboren wurde, hat ein Alter von 67 Jahren erreicht. Seit 1896 gehörte er dauernd dem Reichstag an, bis 1912 für den Wahlkreis Köln (Stadt), seit März 1912 für den Wahlkreis Siegbild. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden war er Staatssekretär des Innern. 1919 wurde er Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und wurde am 6. Juni 1920 in den ersten Deutschen Reichstag gewählt. Mit Trimborn verschwindet eine Persönlichkeit aus dem politischen Leben, die über den Rahmen ihrer Fraktion hinaus lange Zeit eine maßgebende Rolle in der deutschen Politik spielte. Im August 1914 ging Trimborn als Mitglied der deutschen Zivilverwaltung für Belgien zunächst nach Brüssel und später als Generalreferent für das Unterrichtswesen nach Brüssel, wo er bis August 1917 blieb. Diese Tätigkeit gab er auf, da er als erfahrener Politiker es ablehnte, sich von untergeordneten Militärstellen Eingriffe in seine Verwaltungsmahnahmen gefallen zu lassen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als Trimborn selbst dem rechten Zentrumsflügel nahestand und besonders in den Kämpfen um die parlamentarische Tätigkeit Erzbergers als dessen Gegner hervortrat.

Dagegen stellte er sich in der Reichsversammlung auf die Seite Births, und als Verbindungsmann zwischen der westfälischen und der süddeutschen Zentrumsgruppe hat er dann erfolgreich gewirkt. Eine neue Berufung in die Regierung lehnte er wegen seiner Schwerhörigkeit ab. Die Zentrumsfraktion verlor mit ihm einen erfahrenen Vorsitzenden und einen gewiegten Unterhändler. Als Mensch hatte Trimborn alle Vorzüge eines echten Rheinländers, seine persönliche Liebenswürdigkeit schaffte ihm Freunde in allen Parteien. Im Reichstag, zu dessen marantesten Persönlichkeiten er gehörte, wird man Karl Trimborn schmerzlich vermissen.

Ein verheißungsvoller Anfang.

Bereits in der ersten Sitzung des französischen Gewerkschaftskongresses kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Die TU. meldet darüber, daß ein Redner der Minderheit, als er sich zur Tribüne begeben wollte, von den Anhängern der Mehrheit aufgehalten wurde. Im Verlauf der darauf folgenden Zusammenstöße fielen zahlreiche Revolverkugeln. Zwei anarchistische Delegierte sind schwer verwundet worden. Außerdem wurde ein Gewerkschaftssekretär am Arm verletzt. Auch andere Verwundete wurden aus dem Sitzungssaal entfernt.

Der ADB. war von der CGT. zum Bille-Kongress eingeladen worden und hatte diese Einladung selbstverständlich angenommen. Der Vorstand hatte beschlossen, seinen ersten Vorsitzenden, Genossen Theodor Leipart, nach Bille zu entsenden. Obwohl das Paktikum so rechtzeitig nachgefragt worden war, daß bei einigen guten Willen auf Seiten der französischen Behörden die Einreiseerlaubnis rechtzeitig hätte erteilt werden müssen, wird Genosse Leipart die Reise nicht antreten können. Bis zur Stunde hat er das Bismarck noch nicht erhalten.

Auch der „Bismarck“ hatte die Absicht, den Genossen Steiner-Julien als Berichterstatter nach Bille zu entsenden. Ihm ist die Einreiseerlaubnis glatt abgelehnt worden.

Dialekt-Theater der Exl-Bühne.

Um den starken Heimatdichter pflegen sich immer ganze Kreise von Leuten zu gruppieren, die fleißig in ihrer Heimatsprache dichten und singen, die sonst aber recht papieren sind und nur dialektisch eingefärbte Talente. Gottfried Kellers genialer Stil hat bis zum heutigen Tage eine Unmenge von Schweizerlein angestodt, die aber nur Nachahmer sind, Fritz Reuters Nachfahren im Bommerfischen und Medienburgischen sind gar nicht zu zählen, doch nur der Jisser nach, nicht der erschütternden Originalität nach. Es geht im Tirolischen nicht anders, wenngleich das Touristenland mit Schriftstellern, die mehr als ein winziges Berglein sind, ziemlich verschwenderisch gesegnet ist. Halb Schühner, halb Rosegger, einfachstei Anzengruber ist der tirolische Dramatiker Rudolf Briz, seinem bürgerlichen Beruf nach Polizeidirektor von Innsbruck. Er setzt sich also aus lauter Quäntchen zusammen. Er bildet eine Kuriosität für sich, weil er nicht nur Schnadäpferl reimt, sondern sich gleich an ein Drama, also beinahe an das Schwierigste heranmacht.

Bildet sich der marzialische Mann tragisch, so wirkt er aber wie eine Karllit, die ins Innsbrucker überseht wurde. Nicht, daß die Motive seiner dramatischen Bemühungen unecht wären. Bäuerliches Erbrecht, Kinderlosigkeit, die den Verlust von Haus und Hof bedeutet, das Herz des Ehebrechers unter der losen Jacke, das kommt gewiß alles aus dem Leben her. Nur nutzt das Leben nicht viel, und mag es der neugierige Beobachter auch noch so merkwürdig finden, wenn es vom Künstler nicht bei seinem Ker gefaßt wird. Der Dramatiker Briz redet Feuilletons aus der Provinz. Daß ein Bauer, der seine Frau, die Betrügerin, enterven will, sich an den Wertpapieren eine Fackel entzündet, die zum Selbstmörderboden herausleuchtet — das mag manchmal vorkommen. Aber dann sagt sich eben der Mann, der mit so etwas ein Trauerspiel explodieren läßt, daß er sich vor solchem Brimborium in acht nehmen muß. Er sagt sich das, wofür ihn einiger Geschmaak befehlet. Der viel zu beherzte Theatraliker Schühner hat in Briz einen Epigonen, der ihn noch überspielt. So viel bengalisches Feuer und Papier zugleich, das ist dieser Heimatdramatiker. Sein Trauerspiel heißt: „Der dürre Baum“.

Ein Bauernschwank heißt: „Das Gnadenbild“. Ist das trübsalig! Wenn der Mann fröhlich ist, dürfen seine Menschen reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, sind sie ganz lobenecht und heubodenwahr. Die Mädel kommen ohne viel Umstände in die Hoffnung, die Bauernjungen und die Mästen, der Dorfbarbie, der Pfarrer, alle sind prochtvolle Keris. Das Stück ist eine seltige Boffe von dem Heiligenbild, das allen Mädeln einen Ehemann einbringt, obwohl der Praktikus schon etliche Monate vor der Trauung seine Pflicht tat, damit die Jungfern „bumst“ gehen. So ver trägt

man den Dialekt, so sieht man, daß sogar geistige Verwandtschaft zwischen „Potasch und Berimutter“ und der Brizischen Welt besteht. Die Genies sind international, aber auch die Dialektisler. Gott liebt alle Schöpfer eben, nicht das Vereinzelte und Einsame. Er verstreut von jeder Spezies immer gleich über den ganzen Erdball und, siehe, es trifft gleichmäßig gut zum Mississippi und zum Jelsberg. Mag hochdorf.

Erziehung — Jugendbewegung — Religion. Zum Entwurf eines Parteiprogramms wird uns geschrieben: Der Absatz über Kulturpolitik erscheint mir in seiner jetzigen Form nicht haltbar, weder im logischen Aufbau noch in der Formulierung einzelner Aufgabenbezirke. Zum Beispiel darf die Jugendhilfe nur als eine Uebergangseinrichtung bis zur vollständigen Umschaffung der Schule als Erziehungsinstitution gefordert und aufrecht erhalten werden. Und der Absatz über Religion, Staat, Kirche und Schule verlangt eine feinfühligere und dabei doch klarere Fassung. In Gemeinschaft mit den Genossen Hilker und Filzhuth habe ich bereits vor längerer Zeit diesen Programmabsatz formuliert wie hier folgt und wie er auch im Juliheft der „Neuen Erziehung“, Seite 237, abgedruckt worden ist.

Erziehung ist nicht Vollstreckung autoritativer Zielsetzungen am hilflosen Objekt, sondern Befreiung und Pflege aller im Menschen schlummernden gefunden und natürlichen Kräfte. Ihr Ziel ist daher nicht der Anhänger eines politischen oder religiösen Bekenntnisses, sondern der sozialistische Mensch, d. h. die im Gemeinschaftsleben durch schaffende Arbeit heranreifende und sich auswirkende Persönlichkeit.

Erziehung ist Sache der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe. Sie vollzieht sich in schöpferischem Arbeits- und Gemeinschaftsleben. Die Schule muß also eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft sein.

Jugendbewegung, d. h. das nach eigenem Geseh sich gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten. Jugendhilfe als sozialpädagogische Einrichtung mit hauptamtlich tätigen Organen hat die Arbeit der Schule in innigem Zusammenwirken mit ihr und der Elternschaft zu ergänzen, bis die „Erziehung“ zur selbstständigen Lebenshilfe in jedem Sinne gestaltet ist. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt in die Selbstständigkeit.

Neben dem einheitlichen Aufbau des Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsmethoden für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zur schöpferischen Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

Religion als intimste seelische Einstellung des einzelnen darf weder Partei- noch Staatsache sein. Alle religiösen Gemeinschaften haben das gleiche Recht freier Betätigung. Daher: Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Bekenntnis, weltliche Schule. Paul Desterich.

„Die Schneeverhältnisse Deutschlands“ lautete das nicht gerade zeitgemähe Thema, über das Prof. Hollmann in der letzten Sitzung der Preussischen Akademie der Wissenschaften sprach. Auf Grund der 35jährigen Beobachtungen von 1881 bis 1915 wird der Versuch gemacht, die Verbreitung der Schneefälle in Deutschland durch Linien gleicher Zahl der Schneetage darzustellen. Diese zeigen in ihrem Verlauf große Ähnlichkeit mit den Januar-Isothermen. Die Zahl der Schneetage schwankt im Tiefland zwischen 10 (Ober-Rheinland) und 70 (Rafuren) und erreicht auf dem Gipfel der Zugspitze die Zahl 101. Es bestehen regelmäßige Beziehungen zwischen der Anzahl der Tage mit Schneefall und mit Schneedecke, die auf die Bildung ewigen Schnees und früherer Eiszeit einen Schluß zulassen.

Büffel in Tränen. Die Bormwürfe, die die Entente gegen Deutschland erhob, weil es mit der Verwendung giftiger Gase im Krieg begonnen habe, haben sie nicht verhindert, weitere Versuche mit diesem Kampfmittel anzustellen, und jetzt kommt sogar aus Amerika die Nachricht, daß man dort erwäge, tränenerregende Gase im Kampf gegen Zusammenrottungen und gegen Verbrecher zu verwenden.

Die Versuche haben in Philadelphia stattgefunden, und die Postzeitung ist dabei durch die Gase, die den von fünf Veteranen aus dem großen Krieg geschleuderten Bomben entströmten, dreimal zurückgefallen worden, während die Jaungäste in voller Auflösung stoben. Der Erfinder erklärte den Polizeilienten, das Gas gefährde die Gesundheit nicht, sondern erregt nur die Tränenröhen und rufe Würgen und Erbrechen hervor! Die Blätter, die darüber berichten, bezweifeln indessen sowohl die Notwendigkeit der Versuche, als auch die praktische Verwendbarkeit des Gases in der angegebenen Richtung. Es sei eine Waffe, die keine Unterschiede mache. Und während die Schulung der Polizei in Gasangriffen schon eine peinliche Vorstellung sei, sei es noch unangenehmer, zu denken, daß die Verbrecher selber sich dieses neue Kampfmittel zunutze machen würden.

Der italienische Vogelmord. Eine belgische Zeitschrift für Jagd und Fischerei greift den italienischen Bundesgenossen wegen des Massenmordes an Vögeln an, der auf seinem Gebiet getrieben wird, und die italienischen Blätter, die darüber berichten, können sich dem Gewicht der vorgebrachten Zahlen nicht verschließen. So sind in einem Jahre in Marseille aus Brindisi und Messina 8 000 000 Vögel ankommen, und auf dem römischen Markt wurden an einem Tage 20 000 dieser Vögel verkauft, die in Civitavecchia gefangen waren. Auf dem Markt in Udine verkaufte man ebenfalls im Zeitraum eines Jahres 620 496 Vögel. Dazu kommt, daß die italienischen Schulungen, die die schlimmsten Vogeljäger sind, die ganzen Resten von den Bäumen reihen und so ein Vielfaches von dem vernichten, was ziffernmäßig ermittelt wird.

Die französische Propaganda-Konstruktion, die in Biebrich und Bielefeld unter dem Patronat des französischen Oberkommissars eingerichtet worden ist und die nicht gerade ein Erfolg sein soll, ist jetzt trotzdem einen Monat verlängert worden und wird den ganzen September hindurch geöffnet bleiben.

Die Entscheidungs-Konferenz.

Die Verhandlungen zwischen England und Frankreich haben noch nicht zu einer Einigung geführt. Immerhin ist man sich auf beiden Seiten entgegengekommen. England ist bereit, der Entscheidung einer Sachverständigenkommission zuzustimmen, Frankreich ist damit einverstanden, die Entscheidungskonferenz auf den 4. August anzuberäumen. In der Frage der Truppenverfärbungen ist man dagegen noch keinen Schritt weiter gekommen. Nach einer Mitteilung der englischen Regierung stehen augenblicklich in Oberschlesien 4400 Mann englischer Truppen, während die Franzosen eine stärkere, die Italiener eine schwächere Truppenmacht unterhalten. Ueber zu geringe Berücksichtigung können sich die Franzosen also nicht beklagen. Und da die Engländer und Italiener bewiesen haben, daß diese Truppenmacht vollausreicht, die Ruhe aufrechtzuerhalten, wenn man nur will, ist nicht recht ersichtlich, was weitere 10000 Mann französischer Soldaten in Oberschlesien sollen. Die Oberbefehlshaber haben an der augenblicklichen Einquartierung genug zu tragen. Ihren Wünschen würde eine neue Verstärkung am allerwenigsten entsprechen.

Daß dies mühsam erzielte französisch-englische Einvernehmen über die französische Division stolpert, ist nicht anzunehmen. Geradezu lächerlich ist die Behauptung einiger Pariser Blätter, die deutsche Regierung habe mit ihrer Antwort auf die französische Truppentransportforderung etwas ähnliches bezweckt, und es war unnötig, von englischer Seite in dieser Hinsicht wiederholte Mahnungen an deutsche verantwortliche Stellen ergehen zu lassen. Wir wollen eine schnelle und gerechte Entscheidung in der oberschlesischen Frage. Weiter nichts. Pflichtvergeßene Elemente sind in Oberschlesien ja bereits wieder am Werk, neue Komplikationen herbeizuführen. Es ist bezeichnend, daß diesmal der Brandherd das französische Einflußgebiet in Rybnik ist, nachdem die früheren Brandstätten im Industriebezirk Beuthen-Gleiwitz-Kattowitz dem französischen Einfluß entzogen worden sind. Wir befürchten, daß französische Verstärkungen dem neu aufgloßenden Brande am allerwenigsten entgegenzutreten werden und sehen die Rettung nur in dem Entschieden des Obersten Rates. Ob der Oberste Rat, auch wenn er am 4. August zusammentreten sollte, fähig sein wird, den Urteilspruch herbeizuführen, und bald herbeizuführen, das ist allerdings eine große Frage.

Während so das grausame Raue-und-Maus-Spielen mit einem Teil Europas, der früher weder zu den ewig brennenden Balkanländern noch zum Reich des kranken Mannes am Goldenen Horn gerechnet wurde, inmitten des deutsch-ententeistischen Friedenskonzerts seinen Fortgang nimmt, ist der Abbau des weniger schmerzhaften Kriegszustandes mit den Vereinigten Staaten ohne viel Geräusch um ein gut Teil gefördert worden. Schwierigkeiten bestehen, soweit es aus den Veröffentlichungen hervorgeht, überhaupt nicht mehr. Denn da wir nun einmal den Versailler Frieden als Grundlage für den Neuaufbau angenommen haben, weshalb soll unser Verhältnis mit den Vereinigten Staaten nicht in diesen Bau mit eingefügt werden, wenn wir natürlich auch unsere Beziehungen zu Amerika in einem anderen Geiste entwickeln wünschen als in dem Versailler. Es hat sich ja schon des öfteren gezeigt, daß es weniger auf Verträge ankommt, als auf den Geist, der sie befeuert.

Kompromißverhandlungen.

Paris, 26. Juli. (E.) In einer Unterredung, die gestern zwischen dem französischen Botschafter in London und Lord Curzon stattfand, wurde festgestellt, daß sich der Oberste Rat am 4. August versammeln sollte. Am 28. Juli werden in Paris die alliierten Sachverständigen zusammentreten. Cecil Hurst, der während der Friedenskonferenz mit dem französischen Delegierten Fromageot im Redaktionskomitee des Friedensvertrages (s. ferner Charles Tufton, der auf der Friedenskonferenz englischer Sachverständiger für polnische Angelegenheiten war, werden in Paris mit Major Clark, dem Mitglied der englischen Kommission in Oberschlesien, welcher auf Wunsch seiner Regierung Oppeln bereits am letzten Freitag verlassen hat, um sich nach Paris zu begeben, zusammentreffen.

Auch die italienische Regierung ernannte bereits ihre Sachverständigen, Garbasso, den italienischen Befehlshaber, und einen höheren Beamten, Pissotti, zu denen sich noch ein technischer Sachverständiger gesellt. Die französische Regierung ernannte den Unterdirektor im Auswärtigen Amt, Rastiani, ferner Fromageot für die Rechte Frankreichs, den Ingenieur Vere Ducluz für Sachverständigen und Ministerialdirektor Roche.

Ueber die Besprechungen des englischen Außenministers mit dem französischen Botschafter meldet der „Matin“, daß ersterer neuerdings den Standpunkt vertrat, die Entscheidung einer neuen französischen Division nach Oberschlesien sei verfrüht, man solle die Tagung des Obersten Rates abwarten, vielleicht ließe sich die Entscheidung von Truppen vermeiden. Lord Curzon versicherte dem Botschafter, die Aufwertung einer juristischen Frage, wie sie Deutschland in seiner Note bezüglich des Durchzuges französischer Truppen durch deutsches Gebiet stellte, dürfe nicht die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten vergrößern. Derselben Meinung gab Lloyd George, wie der „Matin“ und der „Petit Parisien“ versichern, dem deutschen Botschafter Ethamer und St. Austard gegenüber. „Petit Parisien“ weiß zu berichten, Lloyd George solle Ethamer versichern haben, Deutschland täusche sich, wenn es glaube, die gegenwärtigen Verhandlungen auszuweichen zu wollen, sich seiner Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu entziehen, oder wenn es annehme, die herzlichen Bande, welche Frankreich und England bisher vereinten, seien schwächer geworden. Ethamer sei beauftragt, seine Regierung vor der Gefahr zu warnen, die sie laufe, wenn sie diese Anschauung aufrechterhalte.

Dasselbe Blatt glaubt zu wissen, daß der Vorschlag des italienischen und des englischen Kommissars, die betreffenden Gebiete, die deutsche Stimmenmehrheit aufweisen, sofort den Deutschen, diejenigen mit polnischer Stimmenmehrheit sofort den Polen zuzuweisen, nunmehr als erledigt zu betrachten sei.

Vor neuen Gewalttaten?

Breslau, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Von zuverlässiger parteigebundener Seite wird aus dem Industriegebiet berichtet, daß gestern nach Zusammenstoßen zwischen deutschen und polnischen Bewaffneten in Rybnik und verschiedenen kleineren oberschlesischen Industriestädten der Generalkrieg ausgebrochen ist. Sowohl in Rybnik als auch in anderen Orten wurde von zuverlässigen Zeugen beobachtet, daß von polnischer Seite dort erneut größere Waffennengen verteilt wurden. Der deutschen Bevölkerung haben sich infolgedessen neue Befürchtungen bemächtigt.

Lloyd George und Stresemann. III. hat sich von Reuter befragt lassen, daß die Berichte über Verhandlungen zwischen Lloyd George und Stresemann von der Entscheidung über das Ultimatum unwichtig seien. Wir können in diesem Dementi nur eine Gefällig-

keitsaktion von Reuter für die Deutsche Volkspartei erblicken. Will Herr Stresemann, der auf Kordern in Bismarcks Spuren wandelt, nicht einmal selber auf Ehre und Gewissen erzählen, wie die Sache wirklich gewesen ist?

Nie wieder Krieg! Wir meldeten aus Hamburg, daß sich das schwarz-weiß-rote Bürgerturn am Tage vor der allgemeinen Demonstration gegen den Krieg ein „patriotisches“ Stillsitzen geben will. Dabei ist uns der Fehler unterlaufen, anzunehmen, daß die Demonstranten sich dieser Demonstration und nicht der schwarz-weiß-roten anschließen würden. Wir müssen uns berichtigen. Die Demonstranten haben beschlossen, sich bei — keiner der beiden Rundgebungen zu beteiligen. Die Angst vor dem eigenen Mut ist eine weitverbreitete politische Krankheit.

Groß-Berlin

Im Erholungsheim der Berliner Straßenbahner.

In der sonst geschwungenen medienburgischen Ockerstraße, in dem freundlichen Brunshaupten, steht ein schmales Giebelhaus. An der Fahnenstange im Vorgarten weht die Berliner Stadtfahne mit dem schwarzen Bären auf weißem Felde, und der Hauseingang zeigt als eigentümliches Schmuck das gefüllte Rad. Dieses freundliche, rosa neugeputzte Haus ist das Erholungsheim der Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahner, das diese aus eigener Kraft für die Genesung und Ausspannung ihrer Mitglieder von der Berufskrankheit der Straßenbahner, der Nervosität, erworben hat. Nach dem soeben vollendeten Um- und Erweiterungsbaue wurde das Erholungsheim dieser Tage von einer aus Vertretern der Stadt Berlin und aller Kreise des Berliner Straßenbahnwesens bestehenden Kommission besichtigt und feierlich seiner segensreichen Bestimmung übergeben.

Der Vorstand und der Ausschuss der Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn mit Syndikus Moser, dem ersten Vorsitzenden, an der Spitze, Vertreter der Angestellten- und Betriebsräte, Bürgermeister Ritter als Vertreter der Stadt Berlin und Vorsitzender der Verkehrrdeputation mit einigen Mitgliedern dieser Deputation, Vertreter der beteiligten Berufs- und Fachverbände und der Geschäftsführer der Krankenkasse, Herrsch, nahmen an der Besichtigungsfahrt teil.

Das Erholungsheim in Brunshaupten ist aus einem ehemaligen großen Pensionshaus entstanden und wird jetzt für die Betriebskrankenkasse von der früheren Besitzerin als Oberin verwaltet. Der Umbau, den Architekt Friedrich Aug. Hartmann, B.D.M., in Berlin-Schöneberg mit großem künstlerischen Verständnis leitete, hat aus dem Dudenpensionshaus ein überaus behagliches, geradezu vornehm wirkendes Heim geschaffen. Den Pflanzlingen, von denen bereits 45 die Segnungen der Ruhe, der Meeresluft und des Seebades genießen, und von denen insgesamt 60 bis 70 aufgenommen werden können, stehen außer den geräumigen und mit modernen, zweckmäßigen Möbeln ausgestatteten Schlafzimmern und Veranden eine Reihe von Gesellschaftsräumen zur Verfügung. Von den Wänden grüht überall bunter künstlerischer Wandschmuck den Gast.

Auch für Winterturen ist das Erholungsheim eingerichtet: eine vollständige Zentralheizung ist eingebaut, und das gänzlich neu errichtete Badehaus weist blühende Kachelzellen, Bännen und einen Dusch- und Wofflageraum auf, der noch durch ein elektrisches Lichtbad ergänzt werden soll. Unnötig zu sagen, daß auch ein Arzt- und Geschäftszimmer sowie ein Vorterrassenraum für besondere Krankheitsfälle vorhanden sind. Mit seinem schmucken Äußeren bildet das Erholungsheim der Berliner Straßenbahner eine Zierde des Ostseebades Brunshaupten.

Bei dem Abendessen, das im Speisesaal des Erholungsheims unter vollständiger Teilnahme der Pflanzlinge stattfand, gaben Bürgermeister Ritter für die Stadt Berlin und den Oberbürgermeister Risch von Brunshaupten dem Gefühl der Freude lebhaften Ausdruck, während der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse, Syndikus Moser, den Dank an alle abstattete, die an diesem schönen Werk sozialer Selbstverwirklichung mitgewirkt haben.

Das Kinderheim der Straßenbahner in Graal.

Aber noch mehr hat die Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahner für ihre Mitglieder und deren Familienangehörige geschaffen. In Graal, in der Nähe von Brunshaupten, hat die Betriebskrankenkasse, an der schönsten Ecke des Ortes, unmittelbar am Walde, in diesem Frühjahr ein dreistöckiges Doppelgärtchenhaus erworben und zu einem Kindererholungsheim ausgebaut. Der prächtige Besitz wird ergänzt und abgerundet durch den Ankauf benachbarter Garten- und Waldflächen, die als Obstgärten und Spielplätze angelegt werden sollen. Unter der Leitung einer erfahrenen Oberin und betreut von Schwwestern und Kindergärtnerinnen gedeihen schon jetzt bei fröhlicher Pflege in der köstlichen Wald- und Seeluft von Graal über 50 Kinder. Das Kinderheim soll durch den Einbau von Zentralheizung für Winterturen benutzbar gemacht werden.

Die drei Tage dauernde, abwechslungsreiche Besichtigungsfahrt der Verkehrrdeputation gab allen Teilnehmern die Ueberzeugung, daß die Betriebskrankenkasse mit diesen Erholungsheimen für alt und jung, für die nervösen Straßenbahner und die unterernährte Straßenbahnerjugend, eine soziale Großtat ersten Ranges vollbracht hat.

Der Kampf um einen kleinen Prinzen.

Von der Zivilkammer des Landgerichts in Potsdam wurde jetzt der Streit um den kleinen Prinzen Karl Franz Joseph entschieden. Prinz Eitel Friedrich, der den Prinzen nach dem Tode des Prinzen Joachim bekanntlich zu sich genommen hatte, verweigerte der Witwe des Prinzen die Herausgabe des Sohnes. Jetzt hat das Potsdamer Gericht dahin entschieden, daß Prinz Eitel Friedrich den Sohn binnen 4 Wochen der Mutter herausgeben muß, da laut Gerichtsbeschluss Prinz Karl Franz Joseph der Mutter zugesprochen worden ist. Die Prinzessin, die in Dessau wohnt, hat eine einstweilige Verfügung erwirken wollen, daß ihr der kleine Prinz schon vor der gesetzlichen vierwöchigen Frist ausgeliefert werde, da ihre Nerven durch den Kampf um den Sohn total heruntergekommen seien. Das Potsdamer Gericht hat dem nicht stattgegeben und will vorher eine mündliche Verhandlung heider Parteien ansetzen. Prinz Eitel Friedrich ist zum Tragen sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt und in der Urteilsbegründung wurde geltend gemacht, daß das Hausgesetz der Hohenzollern nicht mehr in Anwendung zu bringen ist.

Es ist traurig genug, daß Eitel Friedrich so wenig Verständnis für das natürliche Empfinden der Mutter hat und die sich um ihr Kind bannende Frau, genau nach dem Buchstaben, vier Wochen lang warten läßt. Eitel Friedrich ist allerdings auch nie Vater geworden.

Nenn Selbstmorde an einem Tage.

Der gestrige Montag weist eine grauenhafte Fülle von Selbstmorden auf. Ein Dienstmädchen hat sich in dem Badezimmer einer Pension im Westen mit Gas vergiftet, und ebenso ein Händler in der Stalper Straße. Eine Kontoristin stürzte sich über das Geländer der Bülowbrücke in den Landwehrkanal und ertrank. Ein Kutscher sprang am Hanauer in die Spree und kam gleichfalls im Wasser um. In einem Hotel in der Koppersirasse hatten sich ein junger Mann und eine junges Mädchen die Pulsadern aufgeschnitten und waren daran verblutet. Im Walde an der Spandauer Chaussee fand man eine Frau an einem Baum erhängt vor und an der Charlottenburger Schleuse wurde die Leiche eines 50 Jahre alten Mannes gefunden.

Der grauenhafteste aber ist der zweite: Der Schütze Giesecke der 12. Kompanie des 9. Infanterie-Regiments in Ruhleben brachte sich nach der Rückkehr vom Truppenübungsplatz Jüterbog mit einer R.-G.-Patrone aus seinem Dienstarabiner einen schweren Bauchschuß bei, der die Lunge zerriß — Reum Selbstmord! Sie endeten viel verborgenes und großes Menschenleid.

Weiter im Namen des Königs.

Die alten Urteilsformulare mit dem Kopfe „Im Namen des Königs“ sind seit einiger Zeit auf dem Potsdamer Amtsgericht zu Ende gegangen. Die neuen Urteile werden jetzt mit Reichsanzeiger ausgestellt. Mehrere solcher Urteile sind gestern hinausgegangen, die wieder den Kopf „Im Namen des Königs“ tragen. Unterdrrieben sind diese Schriftstücke mit: Geheimere Rechnungsrat Rude, Abt. 4, Potsdam. Die Urteile sind einem Vortage abgeordneten übergeben, der durch eine Anfrage endlich die Regierung aufordert wird, sich über die Zustände auf dem Potsdamer Amtsgericht zu äußern. Der Justizminister scheint sich auf seinem Ministerstisch sehr sicher zu fühlen, daß er derartigen Dingen zu- reicht, ohne eingzugreifen.

Wetter und Unwetter.

Das Barometer hat bereits am Sonnabend einen Sturz erfahren und man erwartet täglich, stündlich den Umschwung. Er scheint aus Südwest kommen zu wollen, denn aus dieser Richtung macht sich zu zeit starke Bewölkung bemerkbar. Die Folgen der seit Wochen anhaltender Dürre sind bereits unabwehrbar. Unreif fällt das Obst mit den Blättern massenhaft von den Bäumen. Die Wiesen trocknen aus. In vielen Stellen verborren bereits die Kartoffeln und andere Feldfrüchte, wie Erbsen und Bohnen. Der Grundwasserstand geht dauernd zurück, die Wald- und Wiesenbrände bilden eine große Gefahr. Stellenweise sind nicht nur Forsten und Wiesen, sondern auch Roggenfelder vom Feuer erg heimgesucht. Die Brunnen, Gräben und Wasserläufe drohen zu versiegen. Die märkischen Seen haben einen ganz außerordentlich niedrigen Wasserstand, weshalb die Schifffahrt mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, Schiffe leichtern müssen und nur mit halber Ladung verkehren können.

Aus dem Reich, besonders aus dem Westen, häufen sich die Unwettermeldungen. In Thüringen hat furchtbares Hagelwetter, von dem wir in Berlin nichts gemerkt haben, großes Unheil angerichtet. Auf der Nordsee herrscht Sturm. Zahlreiche Segler und Dampfer mühten den Hamburger Hafen zum Schutz aufsuchen. Eine ganze Anzahl nach See bestimmter Dampfer blieb vorläufig liegen, um ein Abflauen des Sturmes abzuwarten. Auch werden aus verschiedenen Gegenden riesige Moor- und Waldbrände gemeldet.

Kinderverheerung durch Kommunisten.

Von einem parteigebundenen Helfer des Ferienspielplatzes Königssee wird uns im Auftrage mehrerer Arbeiterkammern folgendes geschrieben:

Seit Jahren erstrecken sich die Ferienspielplätze Neudörfchen in der Königssee eines außerordentlich starken Besuches. So auch in diesem Jahre. Die Kinder toben und spielen, so daß es für jeden Kreisfreund eine wahre Herzensfreude ist, diesem lustigen Treiben zuzusehen. Diese natürliche kindliche Betätigung scheint einige Helfer, die Kommunisten sind, nicht schätzen zu lassen. Sie treiben seit einigen Tagen eine politische Propaganda unter den Kindern, die schon dazu geführt hat, die Kinder in verbotene Läger zu spüren. Als ich einen dieser Helfer zur Rede stellte, erklärte er mir es für eine Parteipflicht zu halten, auch unter den Kindern politische Aufklärung zu verbreiten. Nun ist in den letzten Tagen sogar schon versucht worden mit Hilfe von Skatolaten Kinderdemonstrationen zu veranstalten. Angesichts dieser Tatsache fragen wir hiermit öffentlich: Was gebietet die Rettung des Spielplatzes zu tun, um diese unerhörten Zustände zu befeitigen?

Wann bekommen wir die städtische Baupolizei?

Am 10. Mai 1921 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (vgl. Gemeindeblatt der Stadt Berlin Nr. 21 vom 22. 5. 1921 Seite 265 ff., Ziff. 18): 1. daß der Magistrat die Baupolizei auf beschleunigtem Wege endgültig in städtische Verwaltung überführen, für ihre Angliederung an die Stadtverordneten Deputation sowie für Erhebung der veralteten Bezeichnung Baupolizei durch die zutreffendere Bezeichnung „Bauaufsichtsamt“ Sorge tragen, 2. daß der Leiter dieses Amtes endlich ein technisch vorgebildeter Beamter sein soll.

Von einer Beschleunigung der Sache war bis jetzt nichts zu merken. Doch aber eine Dringlichkeit vorliegt und das Verlangen nach beschleunigter Durchführung des Beschlusses berechtigt ist, haben nicht nur die Verhandlungen im Stadtparlament gezeigt. Auch weite beteiligte Kreise der Berliner Bevölkerung wissen das selbst am besten. Im Interesse des bauenden Publikums, des Bauwesens und der ganzen Bürgerschaft erscheint die sofortige Verwirklichung des Stadtverordnetenbeschlusses und ein völliger Neuaufbau des Baupolizeiverfahrens dringend geboten.

Die Verbesserungen, namentlich eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung und des Geschäftsganges, die sich aus der Verwirklichung des Beschlusses ergeben würden, sind so mannigfaltig und zahlreich und dem Publikum, dem das veraltete System über alles Maß hinaus verhasst ist, so einleuchtend, daß es in der Tat fremdet, daß noch kein Schritt in der Angelegenheit unternommen zu sein scheint.

Eindbruchdiebstahl beim KDO.

Ein großer Kleiderdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in den Verkaufsräumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Engelstr. 20 verübt. Eindrehler stahlen aus diesem fertige Jackettanzüge, Hosen, Mäntel, Stiefel, Unterwäsche usw. im Wert von ungefähr 50000 M.

Eine Kindesleiche im Müllkasten fand gestern ein „Naturforscher“ auf dem Grundstück Dirlsdorfstr. 46. Es handelt sich um die Leiche eines neugeborenen Knaben, die von einer unbekannten Person dort niedergelegt worden ist. Die kleine Leiche wurde dem Schauhaus überwiesen.

Durch einen Sprung aus dem Fenster machte der 37 Jahre alte Arbeiter Otto Kulischewski aus der Utrechter Str. 1 seinem Leben ein Ende, er stürzte sich aus dem Fenster im vierten Stockwerk auf den Hof hinab.

„Fleischlegen aus Herresbeständen“. Unter dieser Marke teilten wir vor einiger Zeit eine uns aus Kreisen des unteren Reichsbankpersonals zugegangene Bescherde mit, in der geklagt wurde, daß einerseits die Reinnachschauen kein Büchsenfleisch bekommen, andererseits einzelne Personen bis zu 50 Büchsen gekauft hätten. Wir erhalten aus Beamtenkreisen der Reichsbank eine Erklärung, in der uns mitgeteilt wird, daß eine offizielle Verteilung von Büchsenfleisch in der Reichsbank nicht stattgefunden habe. Ein Beamter habe lediglich privatim Kenntnis von der Möglichkeit erhalten, von amtlichen Ausgabestellen Büchsenfleisch zu beziehen. Die ihm zugeteilten Mengen seien so gering gemessen, daß eine Verteilung in größerem Umfang gar nicht möglich gewesen sei. Außer den Reinnachschauen habe auch eine große Anzahl mittlerer und höherer Beamter nichts erhalten. Einzelne Personen haben nicht 50 Büchsen gekauft, sondern waren zur Entgegennahme von Sammelaufträgen berechtigt.

Die Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung, Ortsauskunft Berlin, Taubenstr. 35 II, teilen mit, daß mit Rücksicht auf die Urlaubszeit während des Monats August Sprechstunden nur Montag, Dienstag und Freitag nachmittags von 4 bis 6 Uhr abgehalten werden. Die Vormittagsprechstunden fallen aus. Schriftliche Auskunft wird jederzeit erteilt.

Das Wetter für morgen.

Warm und schön, aberwindig, aberwindig, zeitweise starker bewölkt bei mäßigen (üblichen) Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Gewerkschaftsbewegung

Die Vollstreckbarkeit eines Schiedspruches.

Das Landgericht I, 15. Zivilkammer, Berlin, Wittenzeichen 32 C. 852, 20 hat die Vollstreckbarkeit eines Schiedspruches des Schlichtungsausschusses abgelehnt. Wir geben die Begründung auszugsweise wieder:

— Gemäß § 87 Betriebsrätegesetz wird im geschlichen Schlichtungsverfahren endgültig entschieden und schafft die Entscheidung des Schlichtungsausschusses Recht zwischen dem beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer —.

— Das Gericht muß jedenfalls als berechtigt und verpflichtet angesehen werden, zu prüfen, ob der Schlichtungsausschuss überhaupt im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hat —.

— Voraussetzung der Tätigkeit des Schlichtungsausschusses ist seine ordnungsmäßige Anrufung. Wenn dies nicht dargetan ist, fehlt es an der ersten Grundlage des Verfahrens. Ein Spruch in einem solchen Verfahren kann keine Gültigkeit beanspruchen —.

— Weitere Voraussetzung ist, daß der Spruch des Schlichtungsausschusses sich innerhalb des durch ihn durch das BRG. gegebenen Rahmens fällt. Ein Spruch, der die gesetzlichen Grenzen der Befugnisse des Schlichtungsausschusses überschreitet, entbehrt gleichfalls jeder Bedeutung —.

— Der Spruch verstößt ferner gegen § 87 Abs. 2 BRG., der bestimmt, daß der Spruch auf eine bestimmte, nach bestimmten Grundätzen zahlenmäßig zu berechnende Entschädigung zu lauten hat. Im Gegensatz zu dieser Bestimmung hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin Kumulation auf Weiterbeschäftigung und Entschädigung erkannt —.

— Schließlich läßt auch das Verhandlungsprotokoll des Schlichtungsausschusses nicht erkennen, ob die Bestimmungen des § 86 Abs. 2 BRG. gewahrt sind. Es ist nicht ersichtlich, ob ein Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gestellt ist. In dieser Richtung hätte aber mindestens eine Fragestellung des Schlichtungsausschusses erfolgen müssen, da die offene Abfertigung des Gesetzes ist, die Frage, ob ein Grund zur fristlosen Kündigung vorliegt oder nicht, grundsätzlich der Entscheidung des ordentlichen Gerichtes zu unterwerfen. Die Klage war daher gemäß § 91 ZPO. auf Kosten des Klägers abzuweisen —.

Der erste Grund zur Abweisung ist von den Gruppenräten und insbesondere von den gekündigten Arbeitnehmern genau zu beachten. Man begibt sich seiner Rechte aus dem BRG., wenn man die vorgeschriebenen Fristen nicht einhält.

Der zweite Grund verpflichtet die Beisitzer am Schlichtungsausschuss, darauf zu achten, daß die Entschädigung in jedem Schiedspruch zahlenmäßig angegeben wird.

Der dritte Grund erscheint dagegen nicht stichhaltig. Die Argumentation des Landgerichts deckt sich nicht mit der Fassung des § 86 Abs. 2 BRG. Nach dem klaren Wortlaut derselben ist es nicht Aufgabe des Schlichtungsausschusses, die Parteien aufzufordern, den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens zu stellen, sondern es ist vielmehr Aufgabe der Parteien, eventuell gegenüber dem Schlichtungsausschuss dies zu beantragen.

Auch die Zivilkammer 26 des Landgerichts I in Berlin hat am 30. April 1921, Wittenzeichen 43 A. S. 23. 21 die Vollstreckbarkeit von zwei Entscheidungen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ebenfalls abgelehnt, da die Antragstellerin den Angestelltenrat nicht angerufen hatte. Dieser Angestelltenrat hätte jedoch bereits vorher der Kündigung zugestimmt. Das Landgericht stellte fest, daß für ein Eingreifen des Schlichtungsausschusses die gesetzliche Grundlage gefehlt hat.

Es ist also unbedingter Wert auf Einhaltung der Vorschriften und Fristen des Betriebsrätegesetzes zu legen; insbesondere müssen auch die Betriebsvertretungen selbst hierauf achten und vor allem auch ihre Belegschaften über die Rechtslage aufklären. Der beste Spruch eines Schlichtungsausschusses ist wertlos, wenn infolge von Fehlern während des Verfahrens und im Falle der Nichtanerkennung durch den Unternehmer die Vollstreckbarkeit, mithin also die Durchführung des Schiedspruches nicht gegeben ist.

Organisierte Arbeiter wollen sie nicht!

Die Betriebe der Strumpfwirerei in Nord- und Südamerika befinden sich seit circa acht Monaten im Streik, um einen 10prozentigen Lohnabbau zu verhindern. Besonders haben es die Unternehmer darauf abgesehen, das Zweimaschinenystem einzuführen. Die dortige Kollegenchaft, die sich zum größten Teil aus Deutschamerikanern zusammensetzt, wehrt sich verzweifelt dagegen und zieht es teilweise vor, nach Deutschland zurückzukehren. Die Unternehmer versuchen nun, aus Deutschland neue Arbeitskräfte zu erhalten und scheuen sogar die weite Reise nicht, um die Arbeiter selbst zu holen. Hauptächlich die erzgebirgische Vorkriegsregion wird heimgeführt. Den Neueingewandenen wird nicht gesagt, daß sie als Streikbrecher und Lohnrücker verwendet werden sollen. Sie sehen erst, wenn sie die Ueberfahrt hinter sich haben, daß sie mißbraucht werden sollen, der dort kämpfenden Arbeiterchaft in den Rücken zu fallen. Organisierte Arbeiter wollen die Unternehmer überhaupt nicht haben. Das ist ja auch erklärlich, denn sie haben es ja darauf abgesehen, die amerikanischen Organisationen zu zerrüttern.

Vor Arbeitsaufnahme in Amerika wird dringend gewarnt.

Ufa und private Verkehrsunternehmen.

Das Berliner Ortsortell der Ufa wollte mit der Organisation der privaten Verkehrsunternehmen wegen tariflicher Abmachungen verhandeln. Auf den Antrag erhielt aber das Ortsortell am 25. Juni vom Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen die Mitteilung, daß er es ablehne, mit den Angestelltenverbänden besonders über den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln. Der Grund sei, daß der Arbeitgeberverband erst kürzlich mit dem Deutschen Verkehrsverband und mit der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsangestellter, Fachverband der Privatbahnen, einen neuen Reichstarifvertrag für die Angestellten der Kleinbahnen und Privatbahnen abgeschlossen habe und daß unter diesem Vertrag auch die Angestellten der Berliner Kleinbahnverwaltungen fielen.

Vor den Angestellten ist darauf beschlossen worden, den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin anzurufen.

Was den oben erwähnten Reichstarif angeht, so ist inzwischen vom Arbeitgeberverband und den andern Vertragsparteien die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Hiergegen hat der Afabund Einspruch erhoben, indem er unter anderem geltend machte, daß ein großer Teil der Berliner Angestellten der in Betracht kommenden Betriebe in den Afaberbänden organisiert seien und daß diese trotzdem zu den Verhandlungen über den Reichstarif nicht hinzugezogen wurden.

Mitgliederversammlung der Eisenbahner.

In der Nr. 328 der „Roten Fahne“ vom 20. Juli 1921 befindet sich unter obiger Spitzmarke ein Artikel, in dem behauptet wird, daß der Hauptvorstand eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution „wegen der vorgeklärten Zeit“ nicht zur Abstimmung gebracht habe. Daß der ganze Versammlungsbericht den Eindruck erzeuge, als ob die Kommunisten im Deutschen Eisenbahnerverband die Oberhand hätten, ist bei der „Roten Fahne“ ja selbstverständlich.

Wir müssen daher zunächst feststellen, daß die Ausführungen des Kollegen Wilhelm Schulz (1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes) den ungeteilten Beifall der Versammlung gefunden hätten. Auch die Diskussionsredner der BRPD stimmten seinen Ausführungen zu, natürlich mit der üblichen Phrase, daß Verhandeln keinen Zweck habe, sondern nur Handeln. Wie man sich das Handeln vorstellt, ist, wie üblich, nicht verraten worden und wird wohl auch immer das große Geheimnis aller Bestreuer bleiben. Doch haben sie den Eisenbahnerkollegen gezeigt, wie man eine Kampffront von vornherein unmöglich ist. Die Ortsverwaltung hatte sowohl im Interesse der Eisenbahner als auch der Arbeiterchaft im ganzen das Bestreben, durch energische Schritte des Hauptvorstandes beim DDB, bei den in Frage kommenden Instanzen dahin wirken zu lassen, daß endlich unsere Forderungen, Anpassung der Löhne an den Weltmarktpreis, zur Durchführung gelangen. Das ist natürlich eine friedliche Verhandlung voraus, ehe zu schärferen Maßnahmen gegriffen wird. Das kann selbst die BRPD. nicht anders machen, wie Beispiele täglich zeigen.

Aber nun zum Kern der Sache selbst. Einzelne Redner der Rosaarbeiter hatten es scheinbar als ihre Hauptpflicht angesehen, anstatt in sachlicher Weise zu diskutieren, nur das übliche wüste Geschimpf auf die leitenden Organe, Hauptvorstand usw., loszulassen. Die Versammlung nahm einen solchen Charakter an, daß ein großer Teil der Kollegen davon angewidert den Saal verließ. Die Opposition hatte ihre Leute nicht mehr in der Hand. Beruhigungsversuche einiger besonnenere BRPD-Leute blieben fruchtlos. Sie mußten sich sagen: „Die ich rief, die Geißler, ach, ich werd' sie

nimmer los.“ Gegen 10 Uhr waren von über 2000 Anwesenden keine 250 mehr im Saale verblieben. Aus diesem Grunde, und nicht wegen der vorgeklärten Zeit, ließ der Versammlungsleiter nicht über die eingebrachte Resolution abstimmen.

Die Anhänger der Münzstraße aber hatten wieder einmal einen „großen Sieg“ gegen die Bureaukratie, aber auch gegen die Interessen der Eisenbahnerchaft sowie der Arbeiter im allgemeinen erreicht.

Ein besonders krasser Fall von Lehrlingsausbeutung.

Der bei dem Fleischermeister Haseloff, Teltow, Breite Str. 7 beschäftigte Lehrling hat eine Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis in die späte Nacht hinein. Von morgens bis abends 8 Uhr muß der Lehrling Landarbeit verrichten, kommt er nach Hause, dann beginnt das Schlachten und dauert bis 10, 11 ja 12 Uhr. Sogar Sonntags wird geschlachtet. Kost und Logis hat der Lehrling beim Meister. Die Schlafstube liegt im Keller, die Fenster sind vergittert, so daß ein Vorübergehender neulich sagte: „Seht, da sitzen welche im Zoo im Käfig!“ Die Beschäftigten müssen, wenn sie wirklich einmal weggehen wollen, auf den Wächter warten, der sie hinausläßt. Schlimmer kann's im Gefängnis auch nicht sein. Zu diesen Verhältnissen kommt noch die Schlogfertigkeit des Herrn Fleischermeisters. Besonders seitdem der Herr „Obermeister“ seiner Innung geworden ist. Erst vor kurzem wurde ein Kutscher grün und blau geschlagen. Wie göttlich das Haus des Herrn Obermeisters ist, geht schon daraus hervor, daß in kurzer Zeit 5 Kutscher und 3 Gesellen diese freundliche Stelle verlassen haben.

Der Zentralverband der Fleischer erwartet von der Arbeiterchaft in Teltow, daß sie solange die Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Haseloff zieht, bis der Herr sich bequemt, seinem Personal anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Der Sieg der Gewerkschaften in Potsdam ist nach einer Mitteilung der Demokratischen Partei, Potsdam, und entgegen unserer Meldung vom 21. Juli nicht trotz der Gegnerschaft der Demokraten errungen worden. Diese haben vielmehr am 6. Juni schriftlich erklärt, „es ablehnen zu müssen, sich an der Wahl zu beteiligen“. Der genannte Herr Wiese ist seit dem 1. März nicht mehr im Dienste der DDB Potsdams und hat die Wahlarbeit nicht in ihrem Auftrag geleistet.

Verhandlungen im Rheinschiffstreck im Koblenz und Essen hatten nach WTB. den Erfolg, daß die Maschinenisten und die Heizer die Arbeit am Mittwoch wieder aufnehmen wollten, nachdem ihre Forderungen im wesentlichen anerkannt waren. Nunmehr haben die Matrosen neue Forderungen gestellt, so daß wiederum Verhandlungen nötig werden und die Aufnahme der Rheinschiffahrt am nächsten Mittwoch in Frage gestellt ist.

Generalkrieg in der französischen Textilindustrie. Die Vertreter der Arbeitsräte von Roubaix, Tourcoing und Umgegend haben beschloffen, für den 2. August den Generalkrieg in der Textilindustrie und allen anderen durch eine Lohnherabsetzung bedrohten Arbeitszweigen zu erklären.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 27. Juli:

28. Juli. Die Schlabende finden in den besagten Totalen statt. Die Bezirke 207, 208 und 209 bei Borsiga, Radestr. 19.

Sport.

Großer Preis von Berlin. Das größte radfahrische Ereignis nach dem kommenden Sonntag, dem 31. Juli, für Berlin im deutschen Stadion zum Radtrag kommen. Der große Preis von Berlin wird in diesem Jahr zum erstenmal wieder seit längerer Zeit für Flieger sowohl als auch für Dauerfahrer ausgetrieben werden. Im großen Preis der Dauerfahrer wird die erste Begegnung zwischen Uppenkamp und Lewanow und dem deutschen Meister Wittig, welche längere Zeit in Berlin nicht zusammen getroffen sind, besonders großes Interesse erwecken.

Aus aller Welt.

10 Mark für eine Straßenbahnfahrt. Vom 1. August ab kostet in Polen eine einfache Fahrt auf der Straßenbahn 10 Mark.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Bräuer, Charlottenburg: für Knausen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Nutzeisen

Stabeisen, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Kettion, Lagerböcke, Riemenrollen, Fußstänzen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bin.-Neukölln

Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Erzobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647

Alte Hüte

Impressen und Reklamieren von Damen- und Herrenhüten. Spezial u. billige Ausführung. Impressen

Herm. Fuchs

Berlin O 112, Frankfurter Allee 207.

Parzellen

in Eggersdorf, 15 Minuten vom Bahnhof Sitzauberg entfernt, zu verkaufen. Köhn & Co. Berlin, Poststr. 11. Auf. 2663

Metall-Bettstellen



Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel Fürst, Neukölln

Hermannstraße 35

Ecke Mahlower Str.

Fabrik f. Rubedetten, Auflegematten u. Feldbettstellen.

Fabrikpreise

Lieferung

frei Haus

Zähne von 5 M.

Hempel, Dentist, Linienstr. 220, nahe Schönhauser Tor.

Müller!

Gewerkschaft, gelernter Müller sucht. Zu neuen Arbeitsnachweis für Maschinenarbeiter, am mittags von 9-1 Uhr, Bureau des Verbandes der Brauerei- u. Mälzereiarbeiter, Berlin C., Wulsdorffstr. 10. (446)

Zinn u. Blei

sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen

Metallschmelzwerke,

Waldemarstr. 74, Telefon: Moritzplatz 9255

Wain der Wain

Das Original aller Nagelpoliersteine

für ca. 1 Jahr ausreichend

Stück M. 5.—. Ueberall zu haben.

KOPP & JOSEPH, BERLIN W 50

Potsdamer Straße 122.

Die letzten Tage!

Schluß unseres Saison-Ausverkaufs Sonnabend!

Ohne Rücksicht auf Verluste bringen wir unserer werten Kundschaft

Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe und Stiefel

zu so unerhört billigen Preisen, daß sich jeder schnell — auch mit den bescheidensten Mitteln — ein Paar Schuhe kaufen kann. Wegen Platzmangels können wir hier nur wenige Beispiele anführen. Kommen Sie zu uns und lassen Sie sich unsere Waren und Preise zeigen.

Serie I

Damenstiefel mit und ohne Lackkappe Halbschuhe verschiedene Sorten Herrenstiefel schönes breites Formen

69.50

Serie II

Braun und grau Hochschafstiefel, Braune Chevreau-Halbschuhe, Lack-, Schnür- u. Spangenschuhe, Braune Wildleder-Pumps, Schwarze Wildleder-Spangenschuhe, Herrenstiefel echt Rindbox

98.50

Leinenschuhe

sehr gutes Fabrikat, zum Teil mit kleinem Fehler, hoher Absatz, hübsche Form, zum Schluß, 29.—, mit Spange

29.—

Herrenstiefel

kräftiges Spaltleder

45.—

Damen-Halbschuhe

mit Chevreau 59.—

Feine Luxe-Halbschuhe

Braun, grau u. beige Samtball u. braun Chevreau zum Schließen sowie mit Spange oder Lacke. Außerdem der neue Gummischuh und der römische 3-Spangenschuh, Lack-Pumps und Spangenschuh, alles feine Sachen, mit Louis XV. u. amerikanischem Absatz, durchweg: Serie IV: 155.—, Serie III:

135.—

Billige Kinderstiefel

sehr kräftig 25-30 29.—, 31-35 29.—, 36-40 29.—, 41-45 29.—, 46-50 29.—, 51-55 29.—, 56-60 29.—, 61-65 29.—, 66-70 29.—, 71-75 29.—, 76-80 29.—, 81-85 29.—, 86-90 29.—, 91-95 29.—, 96-100 29.—

Turnschuhe

mit Brandledersohle 25-30 12.50, 31-35 12.50, 36-40 12.50, 41-45 12.50, 46-50 12.50, 51-55 12.50, 56-60 12.50, 61-65 12.50, 66-70 12.50, 71-75 12.50, 76-80 12.50, 81-85 12.50, 86-90 12.50, 91-95 12.50, 96-100 12.50

Sandalen

25.—

Schuh-Lokal - Behrndt

Münzstrasse 25

Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54

Untergrundbahn Alexanderplatz